

DSTG *magazin* 7/8

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Juli/August 2003
52. Jahrgang



Ehrengäste und Delegierte während der öffentlichen Kundgebung des 15. Steuer-Gewerkschaftstages am 25. Juni 2003 in Berlin

**15. Steuer-Gewerkschaftstag:
Demokratie braucht Steuergerechtigkeit –
Einfaches Recht, Kampf gegen Hinterziehung**

**DSTG-Führungsspitze um
Dieter Ondracek in Berlin neu gewählt**

Tarifkommission weiter mit Overbeck

**dbb Seiten
17–48**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser Ausgabe berichten wir schwerpunktmäßig über den 15. Steuer-Gewerkschaftstag in Berlin. Der Stellenwert der DSTG in der politischen Diskussion wurde sichtbar, weil alle, die in der Steuerpolitik Rang und Namen haben, dieses Ereignis wahrnahmen. Den Teilnehmern und Akteuren des 15. Steuer-Gewerkschaftstages sei auch an dieser Stelle Dank gesagt.

Die Inhalte der dort behandelten Botschaften waren allerdings wenig erfreulich. Das politische „Schwarze-Peter“-Spiel geht munter weiter. Jeder will die positiven Seiten für sich reklamieren. Für die negativen Aspekte ist keiner zuständig. Im politischen Hickhack werden zwar von allen Parteien nach wie vor Steuervereinfachungen propagiert. Am Ende stehen aber solche Kompromisse, die der Steuerverwaltung erneut Mehrarbeit aufbürden. Dies frustriert nicht nur die Steuerbeamten, sondern erregt immer stärker auch den Unmut der Bürgerinnen und Bürger, die dafür kein Verständnis aufbringen.

Als Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben wir kein Verständnis, wenn der Staat nicht bereit ist, die Schattenwirtschaft und Steuerverkürzung wirksam zu bekämpfen, sondern diese unerfreulichen Erscheinungen durch mangelhafte Gesetze und zu knappe Personalausstattung der Finanzämter sogar noch fördert, andererseits aber dem öffentlichen Dienst mit der Begründung in die Tasche greifen will, unter Geldmangel zu leiden. Während eine wachsende Gruppe in unserer Gesellschaft ihre Einkommen ständig steigend illegal erhöhen darf, sollen wir an unserem legal erworbenen und versteuerten Einkommen Einbußen hinnehmen. Skandalöser und ungerechter geht es nicht.

Es wird auch nicht dadurch besser, dass man im Deutschen Bundestag von allen Seiten den

Beamten versichert, ihnen keine Sonderopfer abverlangen zu wollen, gleichzeitig aber eine um drei Monate verzögerte Besoldungsanpassung und eine Öffnungsklausel hinsichtlich Weihnachts- und Urlaubsgeld beschließt. Konsequenz waren hier die Abgeordneten der FDP, die sowohl gegen die Zeitverschiebung als auch gegen die Öffnungsklausel stimmten. Eine Entschließung der CDU/CSU-Fraktion, die mit vielen schönen Worten und Absichtserklärungen die Gleichbehandlung der Beamten programmatisch festschreiben wollte, fand keine Mehrheit im Bundestag. Die CDU/CSU-Fraktion war gegen die dreimonatige Zeitverschiebung, aber für die Öffnungsklauseln. Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen wurde die Besoldungserhöhung mit der zeitlichen Verschiebung und den Öffnungsklauseln beschlossen. Auch die Redner von SPD und Bündnis 90/Grüne versicherten den Beamten den Anspruch auf Gleichbehandlung. Im Grunde wollten sie auch keine Öffnungsklauseln, aber der Respekt vor dem Bundesrat habe sie bewogen, den Wunsch der Ministerpräsidenten im Bundestag zu unterstützen.

Für solche Sprüche können sich die Beamten leider nichts kaufen. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird die Ungerechtigkeit fortgesetzt anprangern:

- 3 Monate Zeitverzögerung sind keine Gleichbehandlung!
- Die Öffnungsklausel beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld führt zu Ungleichbehandlung. Dagegen wehren wir uns!

Positiv ist zu würdigen, dass der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber entschieden hat, im Jahr 2003 die Öffnungsklausel nicht negativ zu nutzen und das Urlaubs- und Weihnachtsgeld der bayerischen Beamtinnen und Beamten nicht zu kürzen. Damit hat er Wort gehalten, die bayerischen Beamten besser zu behandeln, als dies andere Länder tun.

Ein gutes Beispiel, das nachgeahmt werden sollte!

Mit kollegialen Grüßen

Jhr
Dieter Ondracek

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-600, Telefax (030) 20 62 56-601, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-650, Telefax (030) 20 62 56-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Fotos: M. Darching, DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-650, Telefax (030) 20 62 56-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 23 gültig ab 1. Januar 2002. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. **HERAUSGEBER DER dbb-SEITEN:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, S (030) 40 81-40, Telefax (030) 40 81-55 98. Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz, Rüdiger von Woikowsky; Redaktion: Jan Brenner, Britta Müller, Siegfried Speichert, Dr. Frank Zitka; Redaktionssekretärin: Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** MarianNeugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Reinhardtstr. 29, 10117 Berlin, Telefon (030) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Tel. (02 11) 73 57-6 68, **Anzeigenposition:** Nadine Meier auf der Heide, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 44 (dbb magazin). Druckauflage dbb magazin: 200.250 Exemplare (IVW 3/2002). **Vertrieb:** Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

15. Steuer-Gewerkschaftstag: Demokratie braucht Steuergerechtigkeit – Einfaches Recht, Kampf gegen Hinterziehung	4–10
DSTG-Führungsspitze um Dieter Ondracek in Berlin neu gewählt	10
Tarifkommission weiter mit Overbeck	10
Bundesfrauenvertretung gewählt	11
48. Internationales Finanzsportturnier 2003 auf Rhodos	12–13
DSTG-Vorstandskollegin MdB Hannelore Roedel kontert dem Bund der Steuerzahler	13
Wechsel bei OFD Magdeburg	14
Revision bei Kinderbetreuungskosten	14
Tauschcke	15
Neues Schwerbehindertengesetz – auch praxistauglich?	16
28. Deutschlandturnier der Finanzämter: Startschuss für Jena im September	16

dbb

Berufspolitik:	
Besoldungsrunde 2003/2004: Mogelpackung dank Öffnungsklauseln	18
Konsequenter Rechtsschutz zahlt sich aus	19
E-Government und digitale Verwaltung	20
Beamte in die Rentenversicherung	20
Der dbb trauert um Otto Regenspurger	21
Sparpolitik: „Für Machtspiele ist jetzt nicht die Zeit!“	22
Forum Personalvertretung	22
Politik aktuell	24
dbb vorsorgewerk	25
Tarifpolitik:	
Einkommensrunde Berlin: Abschluss erreicht	26–27
Tarifverträge über Weihnachts- und Urlaubsgeld	27
EU aktuell	30–31
Frauen im dbb	32–33
dbb online	38
Senioren im dbb	40–42
Aktuell:	
Verbesserung statt Demontage	43–45
Interview:	
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen Christian Wulff	46–47



15. Steuer-Gewerkschaftstag:

Demokratie braucht Steuergerechtigkeit – Einfaches Recht, Kampf gegen Hinterziehung

Unter dem Motto „Demokratie braucht Steuergerechtigkeit“ setzte die DSTG am 25./26. Juni 2003 auf dem 15. Steuer-Gewerkschaftstag in Berlin richtungsweisende Maßstäbe.

Für alle Bereiche der Gewerkschaftsarbeit – von der Steuerpolitik über die Einkommenspolitik bis hin zur Bildungspolitik – wurden zentral Beschlüsse gefasst.

Den „Finger in die Wunde“ legten die in Berlin versammelten 350 Delegierten vor allem bei der erkennbaren Tatsache, dass das Steuerchaos sich immer stärker ausbreitet. Der 15. Steuer-Gewerkschaftstag appelliert an die Politik, nun endlich mit Mut, Gestaltungs-

kraft und Innovation – über die Parteigrenzen hinweg – ein durchgreifend vereinfachtes Steuerrecht vorzulegen und nicht nur auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu reagieren. Karlsruhe wird gezwungenermaßen entgegen dem Grundsatz der Gewaltenteilung immer öfter zum Ersatzgesetzgeber.

Im Lichte jüngster Tarif- und Besoldungspolitik wandte sich der Gewerkschaftstag direkt an den Deutschen Bundestag.

Das Parlament solle das von der Bundesregierung vorgelegte Besoldungsgesetz endlich ohne weitere Verzögerungen und inhaltliche Einschränkungen unverzüglich verabschieden und die vom Bundesrat eingebrachten drastischen Benachteiligungen für Beamte zurückweisen. Die Länder hätten im erschreckenden Maße deutlich gemacht, dass ihnen die persönlichen und wirtschaftlichen Interessen ihrer beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig gleichgültig seien. Sie hätten sich zudem von den in Artikel 33 GG festgelegten Grundsätzen verabschiedet, weil sie die Gegenseitigkeit von amtsangemessener Alimentation und besonderer Treuepflicht der Beamten einseitig aufkündig-

ten. Zudem gefährde die vorläufige Aufkündigung der Tarifverträge zum Urlaubsgeld und den Zuwendungen (Weihnachtsgeld) durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die gerade begonnenen Verhandlungen zur Modernisierung des Tarifrechtes. Hände weg vom Flächentarifvertrag – die Delegierten des 15. Steuer-Gewerkschaftstages in Berlin fordern die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf, den Flächentarifvertrag bedingungslos zu erhalten. Glanzvoller Höhepunkt des 15. Steuer-Gewerkschaftstages war die öffentliche Kundgebung, an der neben den rund 350 Delegierten 150 Ehrengäste aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gewerkschaft teilnahmen.



Die Protokollführer, Kollegen Markus Plachta und Matthias Bauregger und die Verhandlungsleitung mit den Kollegen Bernd Raue, Thomas Hartmann und Hans-Henning Merker (v. l.)



Delegierte der Bayerischen Finanzgewerkschaft



Die wieder gewählten Rechnungsprüfer, Kollegen Jürgen Hollenberg und Karl Meyer, der Vorsitzende der Bundesjugend, Mario Moeller und der stellv. Vorsitzende der Tarifkommission, Karl-Heinz Leverkus (v. l.)



Delegierte des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen



Redner und Grußredner in der ersten Reihe (v. r.): Joachim Poß, Gernot Mittler, Hans Eichel und Dieter Ondracek



Der dbb Bundesvorsitzende Erhard Geyer (links) mit den Bundestagsabgeordneten Carl Ludwig Thiele und Dr. Michael Meister



Delegierte während der Arbeitstagung

Akzeptanz des Steuerrechts ist entscheidendes Kriterium für Steuergerechtigkeit

In seiner hauptsächlich an die Politik gerichteten Eröffnungsrede stellte der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek als wunden Punkt unserer Gesellschaft heraus, das Steuerrecht werde vom Bürger nicht mehr verstanden und deshalb nicht mehr akzeptiert. Akzeptanz sei aber das entscheidende Kriterium für Steuergerechtigkeit. Neben gerechten Gesetzen müsse die Steuerverwaltung in die Lage versetzt werden, den Gesetzesvollzug ebenfalls gerecht zu gestalten. Der Verwaltung würden unter dem Deckmantel von Steuergeheimnis und Datenschutz vielfach Knüppel zwischen die Beine geworfen. Ondracek kritisierte die zahlreichen Steuerrechtsänderungen der letzten Jahre, die Verwaltung und Steuerbürger gleichermaßen belasteten. Er schlug deshalb die Errichtung einer Stabsstelle beim BMF vor. Diese könnte Erfahrungen bei

Umsetzung und Anwendung sammeln und Analysen für künftige Gesetzgebungsverfahren ausarbeiten. An Bundesfinanzminister Eichel sowie die Vertreter sämtlicher im Bundestag vertretenen Fraktionen appellierte der DSTG-Bundesvorsitzende, sich par-

teübergreifend auf eine einfachere Steuergesetzgebung zu verständigen.

Gerechtigkeit sei jedoch auch im Umgang mit den öffentlich Bediensteten notwendig. Die Leistung der Beschäftigten

werde oftmals mit der Aussage der Politik konfrontiert: „Ihr seid viel zu teuer.“ Dies schade der Motivation und fördere allgemeinen Frust. Zudem seien es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leid, ständig hinter der Gehaltsentwicklung in der freien Wirtschaft zurückstehen zu sollen.

Eichel: Steuermoral ist gesellschaftliches Problem

Das Motto der Veranstaltung nahm Bundesfinanzminister Hans Eichel in seiner Rede voll und ganz auf und stimmte dem DSTG-Chef in seiner Forderung nach einfacheren Steuergesetzen zu. Steuern seien für die vielfältigen Aufgaben des Staates notwendig. Im Hinblick auf notwendige Reformen der sozialen Sicherungssysteme, der Stärkung von Bildung und des Standortfaktors Infrastruktur müsse nachgedacht werden, was der Staat zukünftig leisten könne und solle. Insgesamt werde deutlich, dass Steuergerechtigkeit im Einzelnen zu immer mehr Ungerechtigkeit

Zu seiner Wiederwahl gratulieren DSTG-Chef Dieter Ondracek (links): Meinolf Guntermann (BV Westfalen-Lippe), Sönke Jessen (LV Schleswig-Holstein), Detlev Stoltz (LV Rheinland-Pfalz), Werner Siggelkow (LV Nordrhein-Westfalen), Matthias Bittner (LV Saar) und Hans-Werner Kaldenhoff (BV Düsseldorf)





Der neu gewählte stellvertretende Vorsitzende, Kollege Thomas Eigenthaler (BV Württemberg, links) empfängt die Glückwünsche des Vorsitzenden der Bayerischen Finanzgewerkschaft, Kollege Josef Bugiel

Kontenevidenzzentrale soll eingerichtet werden

Der stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Joachim Poß, fühlte sich dem Motto des Steuer-Gewerkschaftstages verbunden und forderte seine Bundestagskollegen auf, gerechtere Steuergesetze und damit die Rahmenbedingungen für einen gerechten Vollzug zu schaffen. Was im Hinblick auf den Datenschutz bei der Sicherheitspolitik rechtlich möglich sei, müsse auch in der Steuergesetzgebung Gesetz sein. In diesem Zusammenhang rief er dazu auf, zügig eine Kontenevidenzzentrale einzurichten. Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung müsse verstärkt werden. Darin sei er, wie in vielem mit der DSTG einig.

Kaufkraftstärkung durch Vorziehen der Steuerreform

Karl-Ludwig Thiele, stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, kritisierte die Haushalts- und Steuerpolitik der rot/grünen Bundesregierung. Einsparungen von über 15 Milliarden Euro seien notwendig. Vor allem müssten Subventionen drastisch reduziert werden und der Staat sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Notwendig sei ein Haushaltssicherungsgesetz. Um die Chance für Vertrauen in die Zukunft zu stärken, sprach sich Thiele für ein Ende der Diskussion um das Vorziehen der Steuerreform aus. Dieser Schritt müsse schnell kommen.

im großen Rahmen führe. Zudem wolle jede gesellschaftliche Gruppe Sonderrechte im Steuerrecht durchsetzen. Insgesamt machte Eichel sich für niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen stark, um so das Steuerrecht effizienter zu machen. Auch die vielfach diskutierten Subventionen seien einer Prüfung zu unterziehen, vor allem im Hinblick auf ihren tatsächlichen Umfang. Neben einfacheren Steuergesetzen verlangte Eichel die bundeseinheitliche Steuererklärung, die Koordinierung von amtlichen Schreiben und ELSTER mit einer elektronischen Signatur, um auf diese Weise Bürokratie abzubauen und eine gerechte und transparente Erhebung auf der Einnahmenseite zu unterstützen. Hierbei sei auch der Wegfall des Bankgeheimnisses denkbar. Für Widerstände habe er kein Verständnis, weil man lediglich die Falschen schütze.

Der Finanzminister gab einen Ausblick auf steuerliche Vorhaben der Bundesregierung wie die Gemeindefinanzreform und schloss seine Rede mit der Darstellung der beiden Lasten, an denen die Gesellschaft der Bundesrepublik zu tragen hätte – zum einen die deutsche Wiedervereinigung, zum anderen die Alterung der Gesellschaft. Beide könnten nur geschultert werden, wenn mehr Wirtschaftswachstum erreicht werde.



DSTG-Bundesfrauenvertreterin Kollegin Andrea Sauer-Schnieber und Kollege Jürgen Hüper (LV Niedersachsen) bei der Gratulation

Die dadurch erreichten Entlastungen dürften jedoch nicht durch Streichungen oder Steuererhöhungen an anderer Stelle kompensiert werden. Notwendig sei vielmehr eine nachhaltige Stärkung der Kaufkraft der Bürger. Insgesamt sprach sich Thiele für eine bessere Planbarkeit der Steuergesetzgebung aus.

Grundlegende Steuervereinfachung notwendig

Dr. Michael Meister, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-

Fraktion im Deutschen Bundestag erläuterte, dass eine gravierende Steuervereinfachung wegen der komplizierten Lebenssachverhalte unrealistisch sei. Problematisch sei vor allem die mehr und mehr um sich greifende Rückwirkung steuerlicher Gesetzgebung, aber auch durch die Finanzgerichtsbarkeit werde das Steuerrecht komplizierter.

Meister sprach sich für die Abschaffung der Zweckbindung bei steuerlichen Tatbeständen aus. Die Ökosteuern dürfe nicht mit der Finanzierung der Rente bzw. die Tabaksteuer nicht mit den Gesundheitskosten verbun-

einer gleichzeitigen Senkung der Steuerbelastung. Dr. Meister erläuterte die Konzepte der Opposition zum Steuersystem in Deutschland und sprach sich für ein zügiges Vorziehen der Steuerreform aus.



Der Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg, Kollege Franz Riß (rechts), wünscht dem Bundesvorsitzenden viel Erfolg

den werden. Zudem plädierte er für eine Streichung von steuerlichen Ausnahmen mit

Der 15. Steuer-Gewerkschaftstag fand großes Medieninteresse

Subventionen nicht über Steuer

Die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen, zeigte sich besorgt, dass die Steuerklärungen in den Finanzämtern vielfach nicht mehr geprüft werden könnten. Insofern sei es Besorgnis erregend, dass einige Regelungen des Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetzes nicht greifen würden. Frau Scheel stellte heraus, dass in der Vergangenheit Sozialförderungen, wirtschaftliche Subventionen und weitere Tatbestände in den Steuergesetzen verankert worden seien, die dort nicht hingehörten. Dies müsse rückgängig gemacht werden. Dabei müssten die Konsequenzen aus einer Steuervereinfachung gesellschaftlich von jedem mitgetragen werden.



Staat hat Vertrauen in Gesetzgebung verspielt

Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gernot Mittler sprach als stellv. Vorsitzender der Konferenz der Landesfinanzminister und stellte auch aus Sicht der Verwaltung dar, dass Parameter für Steuergerechtigkeit nicht immer nur objektiv, sondern vielfach auch subjektiv geprägt seien. Der Staat habe das Vertrauen der Bürger in seine Gesetzgebung durch Rückwirkung oder handwerkliche Fehler, die zu weiteren gesetzlichen Änderungen führen, verspielt. Mittler arbeitete am Beispiel des Umsatzsteueraufkommens und der Betrugsanfälligkeit des Umsatzsteuersystems heraus, dass diese Steuerart die Achillesferse für Steuergerechtigkeit darstellte, weil durch Missbrauch ca. 10 Prozent des gesamten Steueraufkommens verloren gehe. Aus diesem Grund bestehe bei dieser Steuerart besonderer Handlungsbedarf.

Diebstahl an der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Kollege Erhard Geyer, überbrachte die Grüße des Dachverbandes der DSTG. Geyer erläuterte, dass unter den wegbrechenden Steuereinnahmen und der desolaten Haushaltssituation gerade die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu leiden hätten. Kürzungen und Öffnungsklauseln seien jedoch Diebstahl an der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Zudem stellte er fest, dass Reformen, die nur zu Lasten des öffentlichen Dienstes und seiner Demontage führen, sich Deutschland als Gemeinwesen nicht leisten könne; auch stünden solche Maßnahmen im krassen Missverhältnis zu den hervorragenden Leistungen der Beschäftigten.

DSTG-Führungsspitze um Dieter Ondracek in Berlin neu gewählt



Die neue DSTG-Bundesleitung v. l. n. r.: Thomas Eigenthaler, Helmut Overbeck, Dieter Ondracek, Anne Schauer, Achim Rothe, Manfred Lehmann.

Neben der Antragsberatung und Verabschiedung von Leitträgen und Entschlüssen war natürlich auch die Neuwahl der Bundesleitung ein Schwerpunkt auf dem 15. Steuer-Gewerkschaftstag in Berlin. Wiedergewählt wurden als Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, als stellv. Bundesvorsitzende Anne Schauer, Manfred Lehmann, Helmut Overbeck und Joachim Rothe. Für den aus Altersgründen nicht mehr kandidierenden Kollegen Dr. Rainer Ullrich bewarben sich Thomas Eigenthaler (LV BaWü) und Peter Stumpf (bfg) für einen Sitz in der Bundesleitung. Gewählt wurde als stellv. Bundesvorsitzender – höherer Dienst – Thomas Eigenthaler aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Einstimmig wiedergewählt wurden die Rechnungsprüfer Karl Meyer (bfg – BV Nordbayern) sowie Jürgen Hollenberg (BV Düsseldorf).

Der Bundesvorsitzende Ondracek dankte Dr. Rainer Ullrich für seine verdienstvolle Arbeit in der Bundesleitung, der er seit 1988 angehörte. Gewerkschafts-

arbeit sei stets ein wichtiger Bestandteil seines beruflichen Lebens gewesen. Vor allem habe Dr. Ullrich die gewerkschaftspolitische Arbeit der DSTG mit seinen behutsam formulierten Beiträgen sowie seinen klaren und präzisen Aussagen entscheidend mitgeprägt und vorangebracht. Sein Engagement war beispielgebend (siehe Foto rechts).



Tarifkommission weiter mit Overbeck

Unmittelbar im Anschluss an den 15. Steuer-Gewerkschaftstag kam die Tarifkommission zu ihrer 65. Sitzung in Berlin zusammen, um den geschäftsführenden Vorstand zu wählen.

Aus den Wahlen gingen alle Kandidaten ohne Gegenstimme hervor. Der Vorsitzende, Helmut Overbeck, wurde ebenso einstimmig in seinem Amt bestätigt wie der stellvertretende Vorsitzende, Karl-

Heinz Leverkus (BV Düsseldorf), der Arbeitervertreter, Dieter Schäfer (LV Hessen), und der stellvertretende Arbeitervertreter, Christoph Ahlers (BV Westfalen-Lippe).

Die Tarifkommission benannte die Delegierten, Beisitzer des Vorstandes und Mitglieder der Tarifkommission für den Gewerkschaftstag der dbb tarifunion, der vom 12. bis 14. November 2003 in Leipzig stattfindet. Als Beisitzer wur-



Helmut Overbeck wurde einstimmig in seinem Amt als Vorsitzender der DSTG-Tarifkommission bestätigt.

den benannt Karl-Heinz Leverkus (BV Düsseldorf) und Hans-Henning Merker (LV Thüringen) und als Mitglieder der Tarifkommission Irena Oska sowie Dieter Schäfer (LV Hessen) und Friedhelm Thomas (BV Westfalen-Lippe).

Einstimmig unterstützen die Mitglieder der Tarifkommission die erneute Kandidatur von Helmut Overbeck als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der dbb tarifunion sowie von Elisabeth Ise (LV Bremen) als Rechnungsprüferin.

Bundesfrauenvertretung gewählt

Während der Sitzung der Bundesfrauenvertretung am 26. Juni 2003, die im Anschluss an den 15. Steuer-Gewerkschaftstag in Berlin stattfand, wurde Andrea Sauer-Schnieber einstimmig zur Vorsitzenden wieder gewählt. Die Vorsitzende

Familienpolitik einsetzen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Marianne Dennerlein von der Bayerischen Finanzgewerkschaft (wieder) und Claudia Busch aus Rheinland-Pfalz (neu) gewählt. Das Protokoll wird nach dem Votum der

Bundesfrauenvertretung für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stand. Die Vorsitzende dankte für die hervorragende Zusammenarbeit und für die engagierte Mitarbeit. Gisela Lutzke hat während der gesamten Zeit ohne jegliche Beanstandungen die Kassengeschäfte geführt und damit eine wichtige Arbeit außerhalb des Rampenlichtes wahrge-
nommen.



Die neue Geschäftsführung der DSTG-Bundesfrauenvertretung v. l. n. r.: Claudia Busch, Andrea Sauer-Schnieber, Ursula Wagenblaß, Marianne Dennerlein.

bedankte sich für diesen überwältigenden Vertrauensbeweis und betonte, die DSTG-Bundesfrauenvertretung werde sich auch weiterhin engagiert für die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und eine zukunftsorientierte

Wählerinnen von Ursula Wagenblaß (Bezirksverband Baden) in bewährter Art geführt. Ausgeschieden ist Gisela Lutzke (Hamburg), die nach einer Tätigkeit von 24 Jahren in der Geschäftsführung der DSTG-



Die Vorsitzende bedankt sich bei der scheidenden Kollegin Gisela Lutzke.

Einstimmig unterstützen die Mitglieder der DSTG-Bundesfrauenvertretung die Kandidatur von Kollegin Helene Wildfeuer für das Amt einer stellvertretenden Vorsitzenden des dbb und tarifunion.

48. Internationales Finanzsportturnier 2003 auf Rhodos

Schachspieler wieder Europameister

Rhodos, besonders zur Kreuzfahrerzeit hart umkämpfte Mittelmeerinsel vor der türkischen Küste, war in diesem Jahr der Austragungsort des 48. Internationalen Turniers der Finanzverwaltungen. Beim Deutschlandturnier 2002 in Heilbronn, das als Qualifikation diente, schien sich dieses Ziel stimulierend bei den Endkämpfen im Fußball, Tennis, Tischtennis und Schach auszuwirken. Die finanzielle Seite führte zu einigen Absagen, denn Flug

im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zu helfen.

Von den deutschen Flughäfen Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg, Frankfurt und Berlin startend konnte DFSH-Vorsitzender und Delegationsleiter Richard Huber (Ehingen) die Sportler am Pfingstsonntag erst abends komplett zur ersten Mannschaftsbesprechung begrüßen. Dabei galt es besonders, die Neulinge an diesem Turnier auf die häufig übermächtige Konkurrenz aus Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, Ungarn und Griechenland einzustellen. In der Hauptsportart Fußball bestanden angesichts der Auswahllehrgänge oder ähnlicher staatlich geförderter Maßnahmen in mehreren anderen Ländern ungleiche Voraussetzungen. Bessere Chancen für unsere Mannschaft lagen im Schach, Tennis und Tischtennis.

Pfingstmontag überzeugten die Gastgeber mit einer phantasievollen Eröffnungsfeier, die schon von der 2004 in Athen stattfindenden Olympiade geprägt war. Die anwesende politische und gewerkschaftliche Prominenz hatte zusätzlich einige Medienteams angelockt. Im Stadion von Rhodos-Stadt traf der olympische Fackelläufer ein, ließen weiß gekleidete junge Frauen Friedenstauen aufsteigen und die in den



Die deutsche Delegation ließ sich die gute Laune trotz des insgesamt bescheidenen Abschneidens nicht verderben.

Farben der olympischen Ringe begeistert mitwirkenden Schulkinder übertrugen durch ihr munteres Treiben den Funken der Begeisterung auf das Publikum. Als das Feuer entzündet war, konnten die Wettkämpfe beginnen.

Im Fußball vertrat der Vize-Meister Berlin die deutschen Farben. Nicht nur international unerfahren, sondern auch in der Vorrunde in eine „Hammergruppe“ gelost, waren die Berliner nur krasser Außenseiter. Bereits das erste Spiel gegen Ungarn ließ nach einer 0:6-Niederlage den weiteren Verlauf ahnen. Es spricht für die Moral der Berliner Mannschaft, dass die Stimmung während des ganzen Turnierverlaufs auch bei weiteren

Niederlagen auf einem oberen Level blieb. Die größte internationale Erfahrung hatten unsere Schachspieler Hajo Vatter (Karlsruhe) und Ralf Schöne (Brandenburg). Nach dem Eröffnungstag hatten sie schon die Führung übernommen, aber dann kam der Rückschlag. In den Runden 5 und 6 holten sie aus vier Partien nur einen Punkt und fielen auf den dritten Platz zurück. Offensichtlich wurden dadurch aber nur Reserven für die zweite Turnierhälfte geweckt, denn in den folgenden zwölf Partien gab nur Ralf Schöne noch 1,5 Punkte ab, während Hajo Vatter auf Angriff spielte und



Der Präsident des Kulturvereins der griechischen Steuer-Gewerkschaft, Nikitas Zouroudis, bei der Eröffnungsansprache des 48. Internationalen Finanzsportturniers.

und Teilnehmergebühren machten die ganze Sache für die Teilnehmer nicht eben preiswert – auch, wenn die DFSH versuchte, den Sportlern

Punktwertung des 48. Internationalen Finanzsportturniers 2003 in Griechenland

		Fußball	Tennis	Tischtennis	Schach	Gesamtpunkte
1. Platz	Griechenland	12	7	7	3	29
2. Platz	Österreich	14	2	5	4	25
3. Platz	Ungarn	10	1	4	6	21
4. Platz	Frankreich	6	3	6	5	20
5. Platz	Luxemburg	8	4	2	2	16
6. Platz	Deutschland	2	5	1	7	15
7. Platz	Belgien	4	6	3	1	14

ausschließlich gewann. Das bedeutete die überlegene Wiederholung des Mannschaftserfolgs vom Vorjahr mit drei Punkten Vorsprung sowie Einzelsieg für Hajo Vatter und Platz 3 für Ralf Schöne.

Im Tennis hatte Jan Rehm (Saarbrücken) schon in Gent internationale Luft geschnuppert, neu dabei waren Alexander Tepas (Gladbeck), der in Heilbronn mit einem klaren Turniersieg auf sich aufmerksam gemacht hatte und das baumlange „Küken“ Marco Kritzler (Düsseldorf). Die Mannschaft harmonierte prächtig und auch der sportliche Erfolg stellte sich ein, da insbesondere Alexander Tepas Spitzenspiele gewinnen konnte. Platz 3 in der Endabrechnung hinter den hoch überlegenen Griechen sowie Belgien waren der gerechte Lohn für gute Leistungen.

Dieser Lohn blieb den Tischtennisspielern verwehrt. Ralf Neul (Frankfurt), Christoph Heiss (Mannheim), Thorsten Thiele (Wiesbaden) und Jörg Abel (Brandenburg) klebte bei den „Big Points“ das Pech am Schläger. Der undankbare siebte Platz war mehr eine Folge unglücklicher Umstände als Ausdruck des Leistungsunterschieds. Für das nächste Jahr bleibt noch ein Verbesserungspotential.

In der Gesamtwertung aller Disziplinen gewannen die griechischen Gastgeber überlegen, auch wenn sie sich im Fußballenspiel einer stark auftrumpfenden österreichischen Mannschaft mit 0:1 geschlagen geben mussten. Das deutsche Team verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um einen Rang und konnte die „rote Laterne“ an Belgien weiterreichen. Vielleicht können die guten Ansätze ja im nächsten Jahr beim 49. Internationalen Turnier in Ungarn nochmals gesteigert werden.

DSTG-Vorstandskollegin MdB Hannelore Roedel kontert dem Bund der Steuerzahler

Der Bund der Steuerzahler in Bayern e. V. hatte alle bayerischen Bundestagsabgeordneten dazu aufgefordert, dem Gesetzentwurf mit der Öffnungsklausel hinsichtlich Urlaubs- und Weihnachtsgeld zuzustimmen.

In seinem Anschreiben bezeichnete der Steuerzahlerbund es als unumgänglich, die Länderkompetenz im Bereich der Beamtenbesoldung und -versorgung zu stärken. Er halte es aus bayerischer Sicht für notwendig, dass der Freistaat Bayern mehr Entscheidungsspielraum bei der unerlässlichen Begrenzung des Personalaufwands erhalte. Dabei sei es für ihn selbstverständlich, dass die für die Beamten vorgesehenen Verschlechterungen möglichst auch auf den Tarifvertrag übertragen werden müssten.

Das Mitglied des DSTG-Bundesvorstands, Hannelore Roedel, MdB, schrieb an den Bayerischen Steuerzahlerbund wie folgt:

„Ich darf Ihnen erläutern, warum ich dem Gesetzentwurf nicht zustimmen werde:

Da ich die Situation des öffentlichen Dienstes kenne, werde ich mich nicht für eine Zerschlagung der bewährten bundeseinheitlichen Bezahlungsregelungen ausschließlich aus Haupthaltsgründen einsetzen. Von den Beamten wurden in den letzten Jahren Einsparungen in Milliardenhöhe getragen, ohne dass dies in der heutigen Diskussion berücksichtigt wird:

- *Die Arbeitszeiten für Beamte – nicht jedoch für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst – wurden in vielen Bundesländern verlängert (in Bayern gibt es die 40-Stunden-Woche bereits seit 1994 wieder).*
- *Die Beihilfe für Beamte wurde regelmäßig eingeschränkt, wodurch erhöhte private Versicherungsbeiträge notwendig wurden.*
- *Seit 1999 werden Besoldungsabschläge zum Aufbau einer Versorgungsrücklage um jeweils 0,2 % der Besoldungsanpassung vorgenommen.*



Hannelore Roedel

- *Seit 1993 wurden die Besoldungsanpassungen regelmäßig zeitverzögert – teilweise bis zu einem Jahr – auf die Beamten übertragen.“*
- Weiter schreibt Frau Roedel:
- „Die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen haben leider gezeigt, dass der den Ländern vom Bund eingeräumte Spielraum (u. a. Dienstrechtsreformgesetz) von diesen entweder nicht genutzt wurde oder die Spielräume einseitig zu Lasten der Beamten zur Haushaltskonsolidierung verwendet wurden. Im Interesse einer effizienten und flexiblen staatlichen Verwaltung mit hochqualifizierten, leistungsstarken und motivierten Beamten werde ich mich daher weiterhin für eine angemessene und verlässliche Bezahlung dieses Personenkreises einsetzen.“
- Herzlichen Dank unserem Vorstandsmitglied Hannelore Roedel, die als CSU-Bundestagsabgeordnete auch für unsere gerechten Anliegen ficht.
- *Die Beamtenversorgung wurde von 75 % auf 71,75 % gekürzt – eine Maßnahme, die zu weit höheren Kürzungen führt als bei gesetzlich Rentenversicherten.*
 - *Durch das Dienstrechtsreformgesetz wurden die Dienstaltersstufen gestreckt; die eingesparten Mittel wurden aber nur in geringem Umfang für eine leistungsorientierte Besoldung verwendet.*

Wechsel bei OFD Magdeburg

Bundesfinanzminister Hans Eichel und Landesfinanzminister Prof. Dr. Karl-Heinz Paquè luden am 26. Mai zu einer Feierstunde ein, in der der bisherige Oberfinanzpräsident Dr. Jürgen Nolte verabschiedet und der neue Oberfinanzpräsident Erhard Stollberg als Chef der Oberfinanzdirektion Magdeburg eingeführt wurde. Über 200 Persönlichkeiten aus Poli-

einigung die wichtige Aufgabe übertragen, den Einigungsvertrag hinsichtlich seiner steuerlichen Sondervorschriften mitzugestalten. Nach dieser schwierigen Arbeit wurde Dr. Nolte als erster Oberfinanzpräsident in den neuen Bundesländern als Leiter der OFD Magdeburg eingeführt. Für Dr. Nolte ging damit sicherlich ein Wunschtraum in Erfüllung, denn vor dem Krieg war bereits sein Vater in der Oberfinanzdirektion Magdeburg tätig. Dieter Riempp, der dienstälteste Oberfinanzpräsident in der Bundesrepublik, würdigte aus Kollegensicht das engagierte Wirken Dr. Noltes. Er betonte, dass die Oberfinanzpräsidenten immer mehr nach Wegen suchen müssten, wie mit weniger Personal die mehr werdende Arbeit erledigt werden könne. Als Erinnerung an die Zeit der Tätigkeit überreichte er ihm das „Familienalbum“ der Oberfinanzpräsidenten. Für die Beschäftigten und die Personalvertretungen des Landes sprach die Vorsitzende des Bezirkspersonalrats Land, Ursula Ludwig, herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung und brachte den Wunsch der Beschäftigten zum Ausdruck, dass der neu eingeführte Oberfinanzpräsident Erhard Stollberg im gleichen Sinne wie Dr. Nolte im partnerschaftlichen Miteinander seine Tätigkeit ausüben werde. Dr. Nolte selbst zeigte dann seinen Werdegang noch einmal auf. In Magdeburg geboren, verlebte er seine Kindheit in Magdeburg und später in Halle. 1953 verließ seine Familie die DDR, weil die Familie mit ihrer christlichen Überzeugung Schwierigkeiten mit den staatlichen Institutionen bekam. Die Familie ließ sich in Niedersachsen nieder. Dr. Nolte studierte in Göttingen und Freiburg. Er begann seine Laufbahn in der niedersächsischen Steuerverwaltung und war später beim Bundesministerium der Finanzen tätig. Neben seinem beruflichen

Engagement engagierte sich Dr. Nolte auch in der DSTG. Lange Jahre führte er den Bezirksverband Bundesfinanzministerium der DSTG. Er war in dieser Zeit engagiertes Mitglied des Bundesvorstandes der DSTG. Alle, die Dr. Nolte kannten, schätzten seine ruhige, sachliche und konstruktive Art. Die DSTG dankt ihm für seine vielfältigen Verdienste. Auch als Behördenleiter in Magdeburg hat er sich stets zur DSTG bekannt und in ihrem Sinne gewirkt. Der DSTG Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, der an der Feierstunde teilnahm, dankte Dr. Nolte dafür.

Als Nachfolger von Dr. Nolte wurde Erhard Stollberg eingeführt. Stollberg wurde in der DDR zum Ingenieur ausgebildet. Er war in verschiedenen Betrieben tätig und war schließlich Leiter der Abteilung Finanzen und Preise in der DDR-Verwaltung. Nach der Wiedervereinigung wurde er für die CDU in den Landtag des Landes Sachsen-Anhalt gewählt. Dort agierte er als haushaltspolitischer Sprecher. Sein Weg führte ihn weiter über den Landesrechnungshof, von wo er nun in das Amt des Oberfinanzpräsidenten wechselt. Die DSTG wünscht Erhard Stollberg ein erfolgreiches Wirken und das glückliche Händchen das auch der Tüchtige braucht.



Der neue Chef der Oberfinanzdirektion Magdeburg, Oberfinanzpräsident Erhard Stollberg.

tik, Wirtschaft und aus dem öffentlichen Leben des Landes Sachsen-Anhalt waren der Einladung in die Johanneskirche in Magdeburg gefolgt. Finanzpräsident Dieter Loch begrüßte die große Schar der Ehrengäste. Paquè würdigte die Verdienste von Dr. Nolte, der als gebürtiger Magdeburger die ideale Besetzung der nach der Wiedervereinigung neu gegründeten Oberfinanzdirektion gewesen sei. Professor Paquè zeichnete das umfangreiche Betätigungsfeld von Dr. Nolte auf und bescheinigte ihm, beste Arbeit geleistet zu haben. Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Karl Diller, der an diesem Tag Eichel vertrat, würdigte die Tätigkeit Dr. Noltes aus Bundessicht. Dr. Nolte, der lange Jahre in verschiedenen Positionen im Bundesfinanzministerium tätig war, erhielt mit der Wiederver-

Revision bei Kinderbetreuungskosten

In dem von der dbb Bundesfrauenvertretung unterstützen und mit Rechtschutz des dbb ausgestatteten Verfahren zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten bei zwei erwerbstätigen Ehegatten ist das am 10. April 2003 ergangene Urteil des Niedersächsischen Finanzgerichts jetzt zugestellt worden.

Das Finanzgericht hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Klage abgewiesen. Die Begründung lautet, dass die Entscheidung des Finanzamtes der derzeitigen Gesetzeslage entspräche. Auch der in der mündlichen Verhandlung eingebrachte Hinweis auf die Parallelen zum Bundesverfassungsgerichtsurteil zur steuerlichen Anerkennung der doppelten Haushaltsführung vom 4. Dezember 2002 konnte das Finanzgericht nicht überzeugen. Das Finanzgericht hat aber die Revision zugelassen, was den nächsten Verfahrensschritt deutlich einfacher macht. Die Revision ist mittlerweile beim BFH eingelegt wor-

den und wird unter dem Aktenzeichen VI R 42/03 geführt.

Die dbb Bundesfrauenvertretung und die DSTG-Bundesfrauenvertretung setzen sich dafür ein, dass erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten steuerlich berücksichtigt werden. Über den Fortgang des Revisionsverfahrens werden wir aktuell informieren.

Tauschcke

- Steueramtfrau (A 11) aus Hessen sucht aus familiären Gründen Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz evtl. Ringtausch mit anderen Bundesländern, speziell Bayern und Niedersachsen. Tel.: 069 / 25 45 – 23 46. E-Mail: MJNicklis@t-online.de
- StIn aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Thüringen (OFD Erfurt). Ggf. auch Ringtausch mit anderen Bundesländern. (Tel.: 0179/ 51 01 389).
- StS`in z. a. (z. A. bis Ende Oktober 2003) mittlerer Dienst (A6) aus Finanzamtbereich Land Brandenburg (OFD Cottbus) sucht aus privaten Gründen ab sofort einen Tauschpartner in den Bereich der OFD-Chemnitz (Sachsen). Bevorzugte Finanzämter Dresden I, II oder III. (anke.d.schmidt@gmx.de).
- StS`in aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD`en Rostock, Kiel oder Hamburg. Tel.: 07151 / 955 102.
- Steueramtfrau aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe) sucht aus familiären Gründen dringend eine(n) Tauschpartner/in aus Bayern (OFD Nürnberg) – auch Ringtausch. Tel.: 06282 / 6049.
- StOS`in aus der OFD Münster (FA Siegen) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner aus der OFD Düsseldorf (Abteilung Düsseldorf) –Tel.: 0271 / 48 90 323
- Steueroberinspektorin aus NRW (FA Gütersloh, OFD Münster) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/ eine Tauschpartnerin aus Schleswig-Holstein / OFD Kiel; ggf. auch Ringtausch. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Tel.: 0160 / 800 13 93.
- Steueroberinspektorin aus NRW, FA Köln (OFD Düsseldorf) z. Zt. beurlaubt, sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz). Versetzungsantrag wurde gestellt. Auch Ringtausch möglich! Tel.: 0651 / 9931184, E-Mail: ThomasBruening@t-online.de
- StAF aus Hessen sucht aus familiären Gründen einen Tauschpartner aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) – auch Ringtausch. Tel.: 07161 / 68 66 89.
- Suche dringend Tauschpartner im g. D., der von NRW nach Sachsen-Anhalt (bis Sachsen bzw. die angrenzenden Bundesländer sind es nur wenige km!!!) tauschen möchte. Möglich ist auch Ringtausch über Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Bitte meldet euch unter 0175 / 773 41 02 oder super.sanne@epost.de
- Steuersekretär/in gesucht, die aus dem Freistaat Sachsen in eines der nachfolgenden Bundesländer wechseln möchte: Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen, Baden-Württemberg, Freistaat Bayern. Wir versuchen, einen Ringtausch zu organisieren. Bitte meldet euch unter: 04541 / 88 21 36.
- StO`in aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner aus Niedersachsen (OFD Hannover). Tel.: 0177 / 966 52 16.
- StI z. A. aus Hessen (OFD FfM) sucht dringend Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover) – auch Ringtausch, E-Mail: aglawat@gwdg.de



Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen Anfang Juni 2003 unter der Leitung des DSTG-Tarifreferenten, Heinz Gewehr, an einem tarifrechtlichen Aufbauseminar in Berlin teil. Informiert wurde u. a. über die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst durch den Vorsitzenden der Tariffkommission, Helmut Overbeck und über die Schwachstellen der neuen Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst durch den stellvertretenden Vorsitzenden der Tariffkommission, Karl-Heinz Leverkus; den BAT/BAT-O und insbesondere seine Eingruppierungsvorschriften nahm Friedhelm Thomas (BV Westfalen-Lippe) unter die Lupe.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des DSTG-Schwerbehindertenseminars stellen sich dem Fotografen in der dbb akademie in Königswinter-Thomasberg.

Neues Schwerbehindertengesetz – auch praxistauglich?

Die Tauglichkeit des neuen Schwerbehindertengesetzes in der Praxis untersuchten in der DSTG organisierte Schwerbehindertenvertreter in einem speziellen Seminar Ende April. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den stellv. Bundesvorsitzenden, Manfred Lehmann, der die Verantwortung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Interessen der Schwerbehinderten betonte. Anschließend informierte Horst Frehe, Leiter der Nationalen Koordinierungsstelle für das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung, ausführlich über die Vorhaben auf diesem Gebiet. Vordringlich sei der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen. Besonderer Wert werde auf die Integration Jugendlicher mit Behinderungen gelegt. Das

beginne mit der Barrierefreiheit in Lehre und Studium. Die Zusammenarbeit von Vertretern behinderter Menschen auf europäischer Ebene sei jedoch noch völlig unzureichend. Hier liege ein beachtliches Arbeitspotenzial, insbesondere für Gewerkschaften. Ullrich Adlhoch vom Integrationsamt in Münster erläuterte die Vorzüge und Tücken des Sozialgesetzbuches IX aus Sicht des Praktikers. Benötigt z. B. ein Behinderter die Unterstützung eines anderen Menschen, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, kann er nach der neuen Gesetzeslage einen Antrag auf Arbeitsassistenz stellen. Daraufhin kann ihm Geld für diese Assistenz zur Verfügung gestellt werden. Somit wird der Behinderte zum Arbeitgeber und ist zuständig für Steuern, Sozialabgaben und vieles andere mehr. Viele Behinderte sind mit

dieser Verantwortung überfordert. Das Aufkommen der Ausgleichsabgaben (Strafzahlung wegen unzureichender Beschäftigung Schwerbehinderter) ist seit In-Kraft-Treten des Sozialgesetzbuches IX gestiegen. Diese Ausgleichsabgabe wird nicht nur für die Arbeitsassistenz, sondern auch für die Gestaltung behindertengerechter Arbeitsplätze verwendet (bei bereits bestehenden Arbeitsverhältnissen von Schwerbehinderten und bei der Neubeschaffung).

Am letzten Seminartag fand ein reger Erfahrungsaustausch zur Behindertenproblematik in den einzelnen Bundesländern statt. Schwerpunktthema waren die zurzeit vorbereiteten oder bereits abgeschlossenen Integrationsver-

einbarungen. Viel zu wenig Zeit verblieb, um das Thema „Vorbeugung von Krankheiten und Behinderungen“ ausreichend zu behandeln. Dazu gehören nicht nur ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze mit entsprechenden Schreibtischen und Bürostühlen, sondern auch eine angemessene Arbeitsbelastung, die sich an der tatsächlichen Belastbarkeit des Einzelnen orientiert. Der Abbau von Arbeitsplätzen und die ständige Erhöhung der Fallzahlen führt zu erheblichen Mehrbelastungen und somit zu Dauerstress, mit den bekannten Folgen wie Bluthochdruck, Stoffwechsellstörungen usw. Letztlich sind dadurch viele Kolleginnen und Kollegen von Behinderungen bedroht.

Die Teilnehmer/innen waren sich darin einig, dass Verbesserungen nur mit einer starken Gewerkschaft im Rücken (der DSTG) erreicht werden können.

28. Deutschlandturnier der Finanzämter:

Startschuss für Jena im September

In einer Sitzung des Vorstandes der Deutschen Finanzsporthilfe (DFSH) wurde gemeinsam mit dem Organisationsteam der Thüringer Finanzsportgemeinschaft e. V. im Finanzamt Jena das 28. Deutschlandturnier vorbereitet. Das Turnier findet vom 25. bis 27. September 2003 in Jena statt. Es wird eröffnet am 25. September um 9.00 Uhr im Stadion des FC Carl Zeiss Jena im Ernst-Abbe-Sportfeld. Anschließend beginnen die Wettkämpfe im Fußball,

Tennis, Tischtennis, Schach sowie Bowling. Im Stadionvorfeld wird ein großes Festzelt aufgebaut, in dem auch die Abendveranstaltungen und die Siegerehrung stattfinden. Rund um das Festzelt befinden sich die Rasenfußballplätze, die Tischtennishalle, die Tennisplätze sowie im VIP-Bereich des Stadions Räumlichkeit für die Schachspieler. Der DSTG-Werbeausschuss und der Hauptsponsor, die BHW Holding AG, gestalten ein Rahmenprogramm.



Bei der Vorbereitung des 28. Deutschlandturniers in Jena; v. l.: Regina Biertümpfel (Bowling), Paul Hujer (DFSH), Hans-Henning Merker (Technik/Automation), Heinz Gewehr (DFSH-Geschäftsführer),

Gunda Lämmer (Orga-Chefin), Richard Huber (DFSH-Vorsitzender), Bernd Fricke (Fußball), Marion Steinhaus (BHW-Gebietsdirektion Erfurt) und Ulrich Pape (BHW Holding AG, Hameln).

Das Fußballendspiel ist für den 27. September 2003 um 14.00 Uhr vorgesehen. Geplant ist u. a. ein Einlagenspiel („Promi“-Spiel) zwischen den Mannschaften

des Thüringer Finanzministeriums (verstärkt durch den ehemaligen Finanzminister und jetzigen Innenminister Andreas Trautvetter) und der Vorstände von DSTG und DFSH. Schirmherren der Veranstaltung mit einer Beteiligung von über 1 000 Sportlerinnen, Sportlern und Gästen sind die Finanzministerin des Freistaates Thüringen, Birgit Diezel, und der Innenminister Andreas Trautvetter, die voraussichtlich die Teilnehmer auch in Jena begrüßen werden.

Die Gruppenauslosung für das Fußballturnier brachte folgendes Ergebnis:

Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D
FA Darmstadt	FA Kleve	OFD Hamburg	LV Berlin
FA Bremen-Nord	OFD Chemnitz	FA Jena/Rudolstadt	OFD Erfurt
FA Brühl	FA Weilheim/Starnb.	OFD Rostock	FA Kaiserslautern
FA Potsdam (L)	OFD Kiel	FA Heidelberg	FA Osnabrück (L)
OFD Saarbrücken	FA Ulm	FA Genthin	FA Hamm